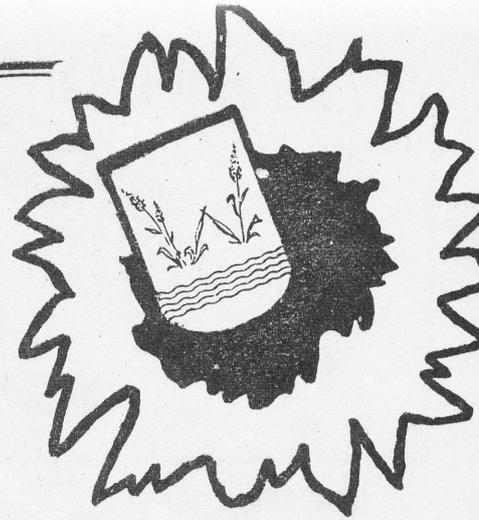


DER GRÜNE BOTE

1//86



hrsg.: "die grünen" wiesenbach

§ 116 AFG

VERTEIDIGT DAS STREIKRECHT !

Das Streikrecht gehört ebenso zur Demokratie wie das Wahlrecht oder das Recht auf freie Meinungsäußerung. Wer das Streikrecht angreift, greift die Demokratie an.

Unternehmer und Regierungskoalition wollen die Streikmöglichkeiten massiv einschränken. Auf jeden begrenzten Streik wollen die Arbeitgeber mit der unbegrenzten kalten Aussperrung antworten können. Die kalt ausgesperrten Arbeitnehmer sollen so die geplante Änderung des § 116 AFG - auf die Sozialämter geschickt werden, wenn sie oder ihre Familie nicht auf anderweitige Ersparnisse zurückgreifen können.

SIE LESEN HEUTE :

- Meinungsbildung à la Wiesnabach
- Verkehrsberuhigung, wie wir sie sehen !
- Im Kindergarten war was los
- Tip für ein Taschenbuch

Das Sozialamt soll zur Aussperrungskasse der Arbeitgeber werden! Die Arbeitgeber haben den Taktstock geschwungen, die Regierung macht die Musik.

Wir- Gewerkschafter und Demokraten - werden diese weiteren Einschränkungen unserer Lebensbedingungen nicht widerstandslos hinnehmen! Stoppt das Gesetz!

§ 116 AFG darf nicht verschlechtert werden!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Dieser Aufruf wurde im Raum Neckargemünd/Wiesnabach von ca. 150 Pers. (darunter 6 Grüne aus Wiesnabach) unterzeichnet und konnte durch eine Zahlung von 5 - 10 DM pro Unterzeichner als Anzeige im Neckargemünder Neckarboten erscheinen.

Die Grünen Wiesnabach begrüßen diese Aktion und unterstützen ausdrücklich alle Aktivitäten der Arbeitnehmer und Gewerkschafter gegen die beabsichtigte Neufassung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes.

Martin Suske



DER HERRGOTT WIRDS SCHON RECHT MACHEN?

Es begab sich zu der Zeit, als es in Wiesenbach noch einen gewählten Elternbeirat im Kindergarten gab, daß 4 von 6 Elternvertretern zurücktraten. Vorausgegangen waren viele Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vorsitzenden Herrn Dünzl und den Zurückgetretenen, die diese in einer Sitzung, an der nur die Elternvertreter teilnehmen sollten, klären wollten. Herr Dünzl war dazu nicht bereit.

Ca. 4 Wochen nach dem Rücktritt erhielten wir Eltern einen Brief von den Erzieherinnen und "unseren Elternbeiräten", in dem uns mitgeteilt wurde, daß "leider ein Teil des neugewählten Elternbeirats nach kurzer Zeit zurückgetreten ist." "Unsere" neuen Elternvertreter waren nach dem Rücktritt der alten einfach ernannt worden. Gestützt hat man sich bei dieser Ernennung auf die Empfehlungen des Caritasverbandes, die aber keine Rechtsqualität haben. Im Kindergartengesetz und der entsprechenden Elternbeiratsverordnung ist die Situation "Rücktritt von Elternbeiratsmitgliedern" weder angesprochen noch geregelt.

Am 30. 1. 86 fand dann auf Wunsch vieler Eltern ein Elternabend statt, und dieser brachte auch vielen die Erleuchtung. Wir konnten einen Elternbeiratsvorsitzenden erleben, der autoritär und souverän bestimmt, was richtig und was falsch ist. Außerdem konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß an diesem Abend die Meinungsverschiedenheiten erstmals besprochen wurden, vorher verkehrte man ja nur schriftlich miteinander.

Herr Pfarrer Hemker machte deutlich, daß er, auch ohne juristische Fachkenntnis, kraft seines Amtes bestimmt habe, daß bei einem Rücktritt der Mehrheit der Elternvertreter der § 2.6 mit "Scheidet ein Kind aus ... usw." zuträfe und deshalb der Umstrukturierungsprozeß so seine Richtigkeit habe.

Das Auditorium saß, ob so viel Überzeugungskraft, machtlos auf seinen Kindergartenstühlchen herum, und es bleibt jetzt zu hoffen, daß in Zukunft die von Frau Kollata (neue Elternbeiratsvorsitzenden-Vertreterin) in einem Redebeitrag heraufbeschworene Liebe regiert.

G.V.R.M.

Anmerkung der Redaktion:

Wäre hier nicht eine Neuwahl, das einzig Wahre und auch Klare, um christ(lich)demokratisch zu sein

S P I E L R Ä U M E

für Groß und Klein

Daß der Mensch ein spielendes Wesen ist, bedarf keiner neuen Beweise.

Zunächst wird dem Kind gestattet, zweckfrei zu spielen. Dieses spielerische Suchen und Finden bildet die Grundlage für eine gesunde sozial - akzeptierte und kreative Persönlichkeit.

Dieser Erfahrungswert hat sich offensichtlich bis zu den Politikern herumgesprochen und dazu geführt, daß Kindern auch die dazugehörigen Spielräume = Spielplätze angeboten werden. Geschieht das nicht, zeigen Kinder entsprechende Defizite. Wird aus dem Kind ein Jugendlicher, sind die Rollen schon enger gesteckt und der Erwachsene, wenn er sich nicht wehrt, wird in punkto Spielraum ganz schön eingeschränkt.

Der konkrete Anlaß:

Die Berichterstattung über die Brände in Wiesenbach.

Die Verwaltung tut den Bürgern ihre Meinung kund. Bürgern und Gruppierungen ist es aber nicht erlaubt - laut Redaktionsrichtlinien - ihre eigene, wenn möglich noch anderslautende, Meinung in den "Gemeinde-(verwaltungs)-Nachrichten zu veröffentlichen.

Einiges an diesem Vorgehen, auch wenn auf demokratischem Wege zustande gekommen, bleibt nachfragenswert.

-Die Finanzierung geschieht mit überwiegend öffentlichen, d.h. von uns gezahlten Geldern.

Warum bekommen dann nicht alle Haushalte das "Amtsblatt" kostenlos?

-Was ist so Schlimmes an unterschiedlichen Auffassungen, daß sie abgewehrt werden müssen?

lesen Sie weiter auf

→ S. 8

DIE GRÜNEN

zur Verkehrsberuhigung

in

Wiesenbach

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger !

Wir GRÜNEN möchten Ihnen hiermit unser (vorläufiges) Konzept zur Verkehrsberuhigung in Wiesenbach vorlegen. Prüfen Sie bitte unsere Vorstellungen zu diesem Thema!

Wir sind an Ihrer Meinung interessiert! Teilen Sie uns Ihre Kritik und - wenn möglich - Verbesserungsvorschläge telefonisch oder schriftlich mit. Unser KONZEPT soll Anstoß zur weiteren Beratung des Themas "Verkehrsberuhigung" in der Öffentlichkeit sein, damit der Gemeinderat bald Maßnahmen beschließen kann, die den Verkehr tatsächlich beruhigen und von uns Bürgerinnen und Bürgern auch wirklich mitgetragen werde.

Für die Diskussion im Gemeinderat werden wir dann unser KONZEPT noch einmal überarbeiten. VERKEHRSBERUHIGUNG im Ort, wo die Menschen leben und arbeiten, hat für uns GRÜNE größte Bedeutung.

VERKEHRSBERUHIGUNG im Ort muß eine zentrale Aufgabe der Gemeinde werden.

Die Gemeinde kann durch geeignete (Bau-) Maßnahmen zur Senkung der Fahrgeschwindigkeit auf den Ortsstraßen beitragen.

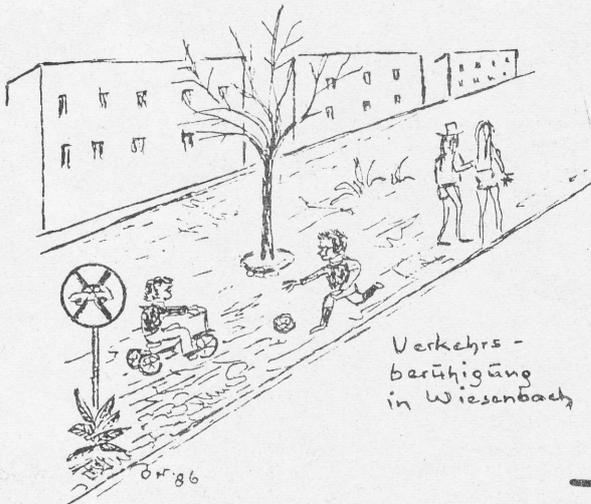
Das bedeutet :

- weniger Lärm
- weniger Abgase
- mehr Verkehrssicherheit
- mehr Lebensqualität

in Wiesenbach.

Natürlich kostet das ganze etwas ! Dieses Geld ist aber gut angelegt. Schnickschnack. Ein attraktiver öffentlicher Bus- und Bahnverkehr, sowie der Verzicht auf den weiteren Bau von "Bundes- Landes- und Kreisrennbahnen", bzw deren Rückbau, tragen ebenfalls zur Verkehrsberuhigung im Ort bei. Sie dienen nicht nur dem Wald - bzw. Landschaftsschutz. Straßen sollten nicht mehr länger so ausgelegt sein, daß möglichst viele Autos möglichst schnell auf ihnen fahren können. Die Menschen müssen wieder Platz auf den Straßen haben. Der Natur muß zu ihrem Recht verholfen werden. Darum geht es uns.

Mit freundlichen Grüßen

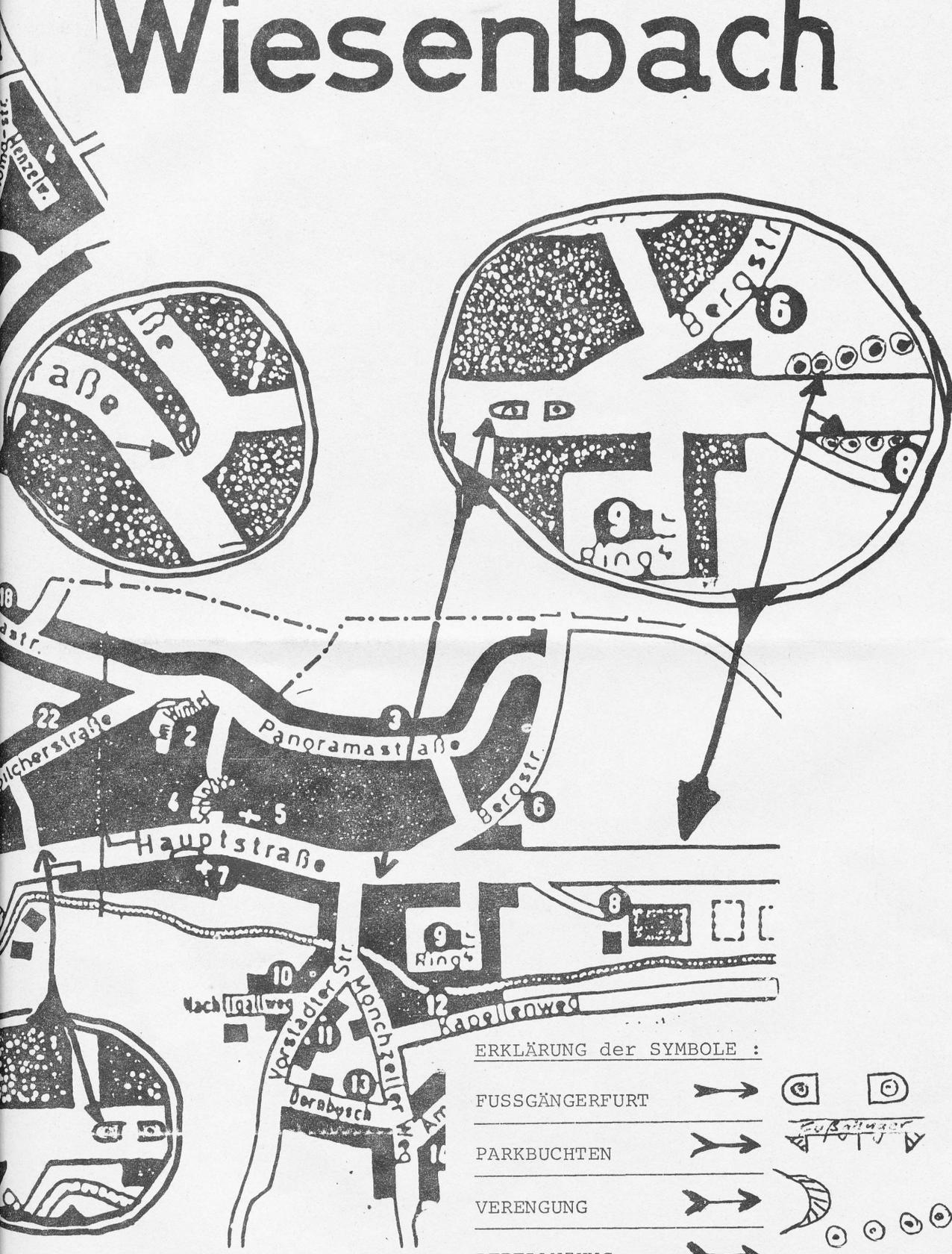


Verkehrsberuhigung in Wiesenbach

F. L. Nollenberg



Wiesenbach



ERKLÄRUNG der SYMBOLE :

- FUSSGÄNGERFURT
- PARKBUCHTEN
- VERENGUNG
- BEPFLANZUNG
- aufgepflasterte FAHRBAHNTEILER (Abbiegespuren)

VORSCHLÄGE der GRÜNEN für WIESEN-
BACH

Grundsätze zur Verkehrsberuhigung

- 1. VERRINGERUNG der GESCHWINDIGKEIT auf Durchgangstraßen und in Wohngebieten
- 2. ABSTIMMUNG INNERORTLICHER und ÜBERREGIONALER VERKEHRSLENKUNG
- 3. FÖRDERUNG DES ÖFFENTLICHEN PERSONENVERKEHRS zum Abbau des Individualverkehrs

Was bedeutet das konkret ?

- TEMPO 30 in Wohngebieten, die als solche vom Landratsamt ausgewiesen sind.
- SPIELSTRASSEN in den Bereichen, die nicht als Wohngebiet ausgewiesen sind.
- TEMPO 40 auf den Durchgangstraßen.
- VERLAGERUNG des SCHWERLASTVERKEHRS ins Neckartal, wo entsprechende Bundesstraßen vorhanden sind.
- Für aus SÜDEN kommende LKW, Verlagerung auf die vorhandenen Umgehungsstraßen in der Region Sinsheim/Meckesheim
- AUSWEITUNG der BUSBEDIENUNG durch die HSB nach WIESENBACH
- ANBINDUNG AN DAS HSB - NETZ mit Kleinbussen in annehmbaren Zeitabständen.

LÖSUNGSVORSCHLÄGE für die verschiedenen Bereiche in Wiesenbach

ORTSEINGÄNGE

- Durch: - aufgeplasterte Verkehrsinseln und Sperrflächen der Abbiegespuren
- Bepflanzungen an den Ortseingängen, die eine optische Verengung bewirken.
- soll die Geschwindigkeit allgemein gemindert werden.

HAUPTSTRASSE

Durch: - markierte Parkbuchten auf Straße, nicht auf dem Gehweg (sie regen zum Parken auf der Straße an und geben subjektive Sicherheit für den dort Parkenden)

- Verengung der Poststraße auf der Seite des Anwesens Nauss (dadurch soll der Durchgangsverkehr in der Poststraße eingeschränkt werden)

- Einrichtung einer Fußgängerfurt (wie am Ortseingang nach Neckargemünd) in Höhe Bachweg (geschütztere Überquerungsmöglichkeit für Fußgänger)
- Verbreiterung des Gehweges in Höhe des Anwesens Krauß wie es in nächster Zeit im Rahmen einer Fahrbahndecken erneuerung vorgesehen ist (mehr Verkehrssicherheit für Fußgänger und Autofahrer)
- Bau der Fußgängerbrücke im Klostergarten (bessere Zugangsmöglichkeit zur Vorstadt für Fußgänger bei entsprechendem Ausbau des Bachweges.)
- Einrichtung einer Fußgängerfurt in Höhe des Neubaus nach der Einbiegung in die Vorstadter Straße (geschütztere Überquerungsmöglichkeit für Fußgänger)
- Einrichtung einer Abbiegespur für Fahrzeuge die vom Sportortseingangs fahren, mit entsprechender Aufplasterung der Sperrzone (quergestreifter Bereich)
- (soll einfahrende Autofahrer zum Absenken der Geschwindigkeit bewegen)

soll der Autofahrer/Motorradfahrer am zu schnellen Durchfahren des Ortes gehindert werden, weil in beinahe regelmäßigen Abständen eine Verengung seine besondere Aufmerksamkeit verlangt. Dementsprechend kann der Verkehr ruhig durch Wiesenbach fließen, ohne

POSTSTRASSE

Durch: - Aufplasterung der Verkehrsinsel und Anliegerfrei-Schild

- Verengung der Ausfahrt in die Hauptstraße

- markierte und in der Abgrenzung aufgeplasterte Mehrfahrbahnparkbuchten

soll der Durchgangsverkehr aus dieser Straße herausgehalten werden und Tempo 30 gefahren werden.

SCHILLERSTRASSE

Durch die Einrichtung als Spielstraße soll es zu einer Beruhigung des Verkehrs und einer Gleichstellung von allen Verkehrsteilnehmern kommen, da diese Straße für eine Zonenbeschränkung Tempo 30 nach Ansicht des Landratsamtes nicht in Frage kommt.

GOETHESTR. (Wohngebiet mit Stichstraßen

Durch: - TEMPO 30 Schild am Anfang und Ende der Goethestr. am Ende der Cranachstr. zur Dürer und am Ende der Grünewaldstr. zur Dürer-Str.

- markierte und baulich begrenzte Parkbuchten durch Aufplasterung oder Kübel

soll die entsprechende Verringerung auf Tempo 30 herbeigeführt werden.

PANORAMASTR. / THOMASTR. /

hier gilt das gleiche wie für den Bereich Goethestr. Gesagte.

WALDSTR./DÜRERSTR

Diese beiden Straßen stellen Zufahrtswege zu landwirtschaftlichen Nutzflächen dar und können deshalb nicht in die Verkehrsberuhigung einbezogen werden.

IN DER AU

Obwohl dieses Gebiet nach Auffassung des Landratsamtes kein geschlossenes Wohngebiet darstellt, sollte hier zumindest im Bereich der Wohnhausbebauung eine Fahrbahnverengung durch markierte und begrenzte Parkbuchten erreicht werden

VORSTADT/MÖNCHEZELLER WEG

Hier gilt das Gleiche was für die Goethestr. mit Stichstraßen Gesagte.

Zur Information und Unterstützung des Tempo 30 - Schildes sollten die Einfahrts- bzw. Ausfahrtsbereiche mit entsprechend farblich Asphaltstreifen gekennzeichnet werden.

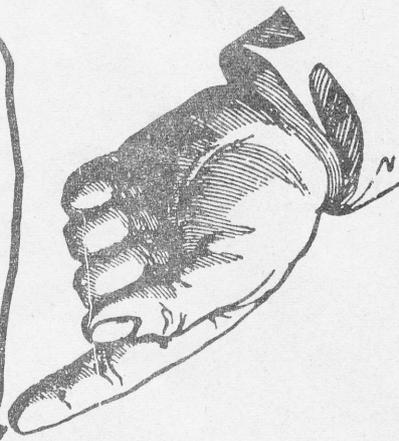
Sollten Hochbordsteine beibehalten oder eingeführt werden, muß an jedem Kreuzungsbereich eine entsprechende Absenkung der Bordsteine stattfinden

SCHLUSSBEMERKUNG

Wir wissen daß wir in einigen Bereichen kräftig Zukunftsmusik gespielt haben. Es wäre aber nicht das erste Mal, daß die Zukunft schon begonnen hat. In diesem Sinne wünschen wir uns viele Reaktionen auf unsere Vorschläge

Ihre Anregungen können Sie an :

Herrn Ludwig Nöllenburg
Schillerstr. 52
Tel. 46740
Herrn Peter Kühn
Poststr. 12
Tel. 40774
Herrn Jürgen Schubert
Goethestr. 8
Tel. 52660
weitergeben.



M E I N U N G S B I L D U N G
nach Wiesenbacher Art ?

Der nachstehend abgedruckte Artikel über Brandlegungen in Wiesenbach wurde unter Hinweis auf die Redaktionsrichtlinien der "Gemeindenachrichten" dort nicht veröffentlicht.

Er war als Reaktion auf die Veröffentlichung der Gemeindeverwaltung zum o.g. Thema gedacht.

Wir wollen den Wiesenbacher Bürgern unsere Sichtweise dazu nicht vor-
enthalten.

Sachbeschädigung durch Brandlegung!

So lautete die Einschätzung der Kripo Heidelberg zu den Vorgängen auf dem Spielplatz und an der Schule.

Unter der Überschrift:

"VERRÜCKTE UNTERWEGS oder LAUSBU-
BENSTREICH ?"

berichteten die Gemeindeverwaltung in den "Gemeindenachrichten" Nr.1 des Jahres 1986 darüber.

Eine solche Überschrift weckt im Leser Erwartungen.

Neben sachlichen Informationen und Dank an die Bürger, die die Brände noch rechtzeitig entdeckten, fanden sich Formulierungen wie wir sie sonst nur aus der Bildzeitung im Zusammenhang mit der Terroristenfahndung kennen.

Sie lenken die Gefühle der Leser massiv in eine vorherbestimmte Richtung

Das finden wir nicht gut !

Am Schluß des Berichtes wird von der Gemeindeverwaltung eine hohe Belohnung (DM 1000,-) für Hinweise in Aussicht gestellt, die zur Aufklärung der Taten führen.

Diese Summe läßt auf einen sehr großen Schaden schließen.

Was war tatsächlich geschehen ?

- ein Reifenteil der Sandmaschine auf dem Spielplatz "Betteläcker" war an g b r a n n t.
- Der Holzbriefkasten und die Fensterscheiben waren ganz, der Holzrahmen rechts neben dem Vordereingang war teilweise zerstört.

- die Wand rechts neben dem Vordereingang und links neben dem Hintereingang wies Brandflecken unterschiedlicher Größe auf.

Laut Angaben der Gemeindeverwaltung entstand dadurch ein Schaden von DM 10.000,-- (laut Schätzung)

Damit keine Mißverständnisse entstehen!

Feuerlegen ist auch für uns kein geeignetes Mittel, seine Unzufriedenheit auszudrücken.

Der entstandene Schaden soll nicht bagatellisiert, sollte aber auch nicht durch eine entsprechende Berichterstattung aufgebauscht werden.

Dadurch kann - ungewollt - ein Klima der Verdächtigung entstehen.

Prompt kam dann auch ein solcher "Hinweis" wie ihn die Gemeindeverwaltung erbeten hatte.

Kinder, die mit der Tat nicht das Geringste zu tun hatten standen im Verdacht und wurden von der Kripo dazu "befragt". Im Laufe dieser "Befragung", stellte sich aufgrund der belegbaren Aussage eines Elternteiles die Unschuld der Kinder heraus. Der "Zeuge" obwohl mehrmals von der Polizei befragt, hatte sich sowohl im Tag als auch in den gesehenen Kindern geirrt. Die Polizei und der Zeuge entschuldigten sich zwar aber den Ärger und die Aufregung hatten die ungerechtfertigt verdächtigen Kinder und deren Eltern.

Durch solche "Hinweise" kann oft mehr kaputtgehen als Holz. Glas und Reifenteile meinen

Die WIESENBACHER GRÜNEN

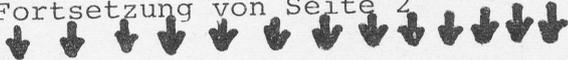
PS: Zwei Anmerkungen noch !

1. Gottseidank war das Schulanwesen noch nicht eingezäunt (wie mal im Gemeinderat diskutiert). Der Brand wäre sicher nicht so früh bemerkt worden.
2. Die ausgesetzte Belohnung wäre sicher vorbeugend und wirkungsvoller im Bereich der offenen Jugendarbeit eingesetzt. Vielleicht bräuchten wir uns dann garnicht mit solchen Vorgängen zu befassen ?

jotes

K O M M E N T A R

Fortsetzung von Seite 2



- Warum traut man dem Leser der Gemeindepachrichten nicht zu, daß er selber in der Lage ist, sich ein Bild von den Ereignissen zu machen.?
- Könnte es sein, daß die verschiedenen Gruppen mit ihrem Platz verantwortlicher umgehen würden, wenn sie von keinem Kontingent beeinträchtigt werden.?

In unserem Wahlprogramm haben wir uns für mehr Durchschaubarkeit und Meinungsvielfalt im Gemeindeleben ausgesprochen.

Letztere sollte aber nicht nur im "Grünen Boten" sondern auch in den Gemeindepachrichten praktiziert werden.

Sollte dazu eine Änderung der Redaktionsstatuten nötig sein, müßte das umgehend geschehen.

Wir wollen nicht nur mit der Meinung der Verwaltung im Großdruck versorgt und (bevormundet?) werden, sondern auch unsere eigene Meinung dazu oder dagegensetzen. Ich bin der Überzeugung, daß alle Parteien, Vereine und andere demokratische Gruppierungen verantwortlicher mit ihrem Platz in den Gemeindepachrichten umgehen, wenn sie nicht durch ein Zeilenkontingent - das schon wieder eingeschränkt werden soll - behindert werden.

Das mögliche Mehr an Kosten darf dabei kein Hindernis sein und sollte auch nicht auf die Leser abgewälzt werden.

Das sollte uns eine freie Meinungsvielfalt vor Ort wert sein.

Jürgen Schubert

IMPRESSUM

DER GRÜNE BOTE Nr 1/86
Zeitung der "Grünen Wiesenbach"
V.i.S.d.P. Jürgen Schubert
Goethestr.8/6901 Wiesenbach
Auflage 800

Die Meinung der Autoren stellt nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion dar.

Tip für ein  -buch

Unter dem Titel "Lösch nie die Spuren ..." fand im Dossenheimer Rathaus eine Ausstellung zum Thema FRAUEN LEISTEN WIDERSTAND bis zum 25.3.1986 statt.

Dort wurden exemplarisch die Lebensgeschichte von 6 Frauen dokumentiert.

Die Initiatorin der Ausstellung, die gleichzeitig Autorin des Buches FRAUEN LEISTEN WIDERSTAND ist, hat sich einmal einem Personenkreis zugewandt, der nicht sofort mit dem Widerstand im Dritten Reich in Verbindung gebracht wird.

Gerda Szepansky veröffentlichte in ihrem Buch die Geschichten von 14 Frauen, die Bedrängten und Verfolgten halfen und dabei oft selbst in Lebensgefahr gerieten.

Bei den Erzählungen kamen viele der Frauen mit den Ängsten und Leiden aus dieser Zeit erneut in Kontakt. Es fiel ihnen sichtlich schwer nochmals darüber zu sprechen. Sie konnten manchmal kaum weiterreden. "Schreib das auf! Es soll den Heutigen nutzen, damit nicht alles umsonst war."

Ob die Ausstellung verlängert wird stand bis zum Redaktionsschluß noch nicht fest.

Das Buch ist als Fischer - Taschenbuch zum Preis von 10,80 erhältlich

NEUES aus dem Ortsgeschehen

Stop - Fußgängerweg beim Anwesen Kraus/Hauptstraße soll verbreitert werden. - Stop

Stop - Neues zum Thema Fußgängerbrücke im Klostergarten war nicht zu erfahren. Die Verantwortlichen konnten noch nichts sagen. Stop.

Stop - Über die Nutzung der alten Festhalle wurde im Gemeinderat beraten. Unser Vorschlag:
an Räume für die offene Jugendarbeit denken

und nun frohes Ostereiersuchen in und um Wiesenbach wünscht Ihnen

DER GRÜNE BOTE

